

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 24

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorabbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 11. Juni 1926.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonruf West 61546. — Redaktionsschluß ist Samstag Mittag.

27. Jahrg.

## Verantwortungsgefühl.

Auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongress führte Stegerwald aus: „Das 19. Jahrhundert hat den Mammonismus und Egoismus auf die Spitze getrieben. Es hat alles in Atome aufgelöst, es hat den Gemeinschaftsgedanken zerlegt. Im 20. Jahrhundert muß der Gemeinschaftsgedanke wieder herausgestellt, müssen die auseinandergerissenen Menschen wieder zu Gemeinschaften zusammengeführt werden, in Familie, Beruf, Stand, Arbeitsgemeinschaften, Gemeinden, Staat.“

Obige Kulturcharakteristika beziehungsweise Aufgaben des 19. und 20. Jahrhunderts sind sittlich zu werten. Suchen wir unter diesem Gesichtspunkt eine Wertungsnorm, dann ergibt sich als der Zentralkern allen menschlichen Lebens das Verantwortungsgefühl. Das 19. Jahrhundert mit seinem Egoismus und Mammonismus war zu sehr im Negativen, alles Leben auflösend, eingestellt; die Aufgabe des 20. Jahrhunderts muß es sein, mit dem Verantwortungsgefühl und durch es wieder menschliche Gemeinschaften zu schaffen.

Der Egoismus und überspannte Individualismus, der die geistige Signatur des 19. Jahrhunderts bildet, bezieht alles auf sich selbst, er strahlt keine Lebenswärme aus, sondern saugt im Gegenteil von der umgebenden Atmosphäre alles Leben in sich ein und läßt diese erstarren. Der Träger des Individualismus ist sich selbst das Maß und das Ziel jeder Betätigung. Seine Auswirkungen sind mannigfaltig. Im einzelpersönlichen Leben ruft er eine sittliche Auflösung hervor, er erzeugt nämlich die Loslösung von der großen ethischen Gemeinschaft. Der geistig-egoistische Mensch wird sich selbst allein das Maß aller Dinge, auch moralisch, und dabei ist die Grundlage für den Standpunkt jenseits von Gut und Böse gegeben, den Nietzsche als geistiger Exponent des 19. Jahrhunderts in schlagender Formulierung gebracht hat. — Den wirtschaftlich überspannten Egoismus nennen wir Mammonismus; daß das 19. Jahrhundert mit seiner geistigen Grundeinstellung dessen Vater ist, ist eine allgemeine und notwendige Erkenntnis, über die nicht weiter geredet zu werden braucht. Er ist allein dem Gözen Mammon verantwortlich, sonst niemandem. — Im staatlichen Leben hat das 19. Jahrhundert die Entartung des blindwütenden Rationalismus, des Chauvinismus, gebracht. Wir kennen ihn auch als den machthungrigen Imperialismus oder den viel genannten Sacro-egoismo der Staaten. Auch diese Erscheinungen sind keine zufälligen, sondern gehören in den großen Zusammenhang, sind Blüten des Egoismus in der Gemeinschaft. Ihre gemeinschaftszerstörende Wirkung von äußerster Gewalt war am Schluß der Weltkriege, der geistesgeschichtlich das 19. Jahrhundert abschließt.

Alles Leben vollzieht sich in Gemeinschaften. Die Gemeinschaft aber ist auf verpflichtende Beziehungen zueinander aufgebaut, für die bestimmte sittliche Normen gelten müssen. Dafür aber, daß diese mit allgemeinem Interesse durchgeführt werden, ist das Verantwortungsgefühl im weitesten Maße notwendig. Das Verantwortungsgefühl zu heben und zu stärken, ist daher eine der wichtigsten Kulturaufgaben für eine neue Grundlegung und Richtunggebung des 20. Jahrhunderts.

Durch das Verantwortungsgefühl wird der einzelne wieder innerlich in sich gebunden. Ihm gelten sittliche Grundätze, die ihn mit großer Kraft vor seinem Gewissen verpflichten und von ihm Rechenschaft vor sich selber fordern. Das Gewissen stellt die Verbindung zu der außenstehenden Gemeinschaft der Menschen und darüber hinaus zu dem höchsten moralischen Gesetzgeber dar. — Im Wirtschaftsleben ist die erste und höchste Forderung des Verantwortungsgefühls, daß die Wirtschaft nicht mehr sich selber allein Zweck ist, daß nicht mehr Moral und Wirtschaft getrennt sein können. Das Verantwortungsgefühl verlangt vielmehr, daß die Wirtschaft der Allgemeinheit diene, daß der Träger des wirtschaftlichen Lebens im einzelnen der allgemein Verantwortliche ist. So wird das Verantwortungsgefühl das Rückgrat einer lebendigen und segensreichen Volkswirtschaft, ist aber der Todfeind einer exklusiven Profitwirtschaft. — Der Staat endlich darf unter dem Verantwortungsgefühl, wenn er davon durchdrungen ist, nicht mehr die Gewalt und deren Abwendung als seinen einzigen Inhalt nehmen, nicht mehr die übrige Staatenwelt nur unter dem Gesichtspunkte des eignen Vorteiles und des eignen Erhaltens ansehen. Vielmehr muß der Staat sich als hoher sittlicher Verband fühlen, der reiche Aufgaben sowohl gegenüber dem einzelnen Bürger als auch in der Gemeinschaft der Staaten aller Welt zu erfüllen hat. Gegen-

seitiges Geben und Nehmen wird hier das Grundgesetz werden. Wenn man den Hauptzweck des Staates mit dem alten Freiherrn von Stein auf sittlichem Gebiet sucht, der auch vor allen Dingen nach dem Innern Erziehungsaufgaben hat, dann fallen dem Bürger von selbst eine Reihe Pflichten zu, die er genau erfüllen wird. Im Völkerleben aber wird der Staat danach streben, Glied einer großen, starken Familie zu werden. Die Bestrebungen des 20. Jahrhunderts nach einer europäischen Staatenfamilie oder einem Völkerbund sind deshalb auch nicht losgelöst für sich zu betrachten, sondern unter den großen Gesichtspunkten des erwachenden Gemeinschaftsgefühls mit seinen Notwendigkeiten. Ob allerdings diese letzteren Bestrebungen die richtigen Realisationen sind, das ist hier belanglos und nicht zu entscheiden.

Georg Komottnick.

## „Amerikanisierung“?

Seitdem Europa im ganzen und Deutschland im besonderen infolge des Weltkrieges verarmt sind und wie aus tausend Wunden bluten, ist unser Blick gespannt westwärts über den Atlantik nach den Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet. Sie sind heute mehr denn je das Goldland. Von allem Goldvorrat der Erde besitzen sie heute schon die Hälfte, und selbst vom neu gegraubenen Golde gewinnt dieses Fünftel der Menschheit im eigenen Lande durchweg ein Viertel, zeitweilig ein Drittel, und seit einigen Jahren senden die andern vier Fünftel ihm von dem kostbaren Metall auch noch wachsende Massen hinüber. Während Amerika um Gold und Kapital bis zum Ausbruch des Weltkrieges Europa hat und noch bei Beginn dieses großen Unglückes den europäischen Nationen 4 Milliarden Dollar schuldet, hat es heute diese ganze Schuld abgetragen; es ist darüber hinaus heute Gläubiger mit etwa 5 Milliarden Dollar, und davon gingen allein über 4 Milliarden Dollar nach Europa. Staunend betrachten wir das amerikanische Wirtschaftswunder, das im Grunde genommen, dieses ist: Bei etwa vierfachen Löhnen wie in Deutschland, ist das Preisniveau nicht einmal doppelt so hoch, ja, in wichtigen Zweigen der industriellen Wirtschaft ist Amerika mit uns konkurrenzfähig und stellenweise sogar konkurrenzüberlegen.

Wie ist das möglich geworden? Woher der hohe Ertrag der amerikanischen Wirtschaft und das günstige Verhältnis von Kaufkraft und Arbeitslohn? Das amerikanische Wirtschaftswunder ist einmal das Ergebnis außerordentlich weitgehender Mechanisierung, Zerlegung, und doch wieder schließlichen Zusammenwirkens der einzelnen Arbeitsvorgänge in der amerikanischen Gesamtwirtschaft. In dieser Auffassung sind sich sämtliche modernen Amerikafahrer als welche genannt seien Bonn, Feiler, Hirsch, Röttgen, einig. Dazu treten nach Hirsch („Das amerikanische Wirtschaftswunder“, Berlin S. Fischer) sodann noch folgende, den schnellen Aufstieg Amerikas begünstigende Momente: 1. Der Reichtum des Landes an Naturschätzen, dessen es sich doch eigentlich im Weltkriege voll bewußt geworden ist; 2. das Fehlen der europäischen Hemmnisse: Keine Zollgrenzen alle paar Fahrstunden, keine Paß-, keine Sprach-, keine politischen Schwierigkeiten, wie im balkanisierten Europa (rund 100 000 Mann Militär, während Europa 7 Millionen Mann ständig unter Waffen „braucht“, 1 Million mehr als vor dem Weltkrieg); 3. die besondere Wirtschaftsenergie eines Volkes, das die Gesunden und Wagemutigsten aus 35 andern Nationen in sich als natürliche Auslese aufnahm; 4. die bereits erwähnte besondere Arbeitsorganisation in Produktion und Verkehrswesen baut sich auf auf großem Mangel an Arbeitskraft, enorm hohen Real-löhnen; 5. all diese vorteilhaften Umstände werden vielleicht gehemmt durch die vorerst wohl noch ungünstige Organisation von Handel und Bankwesen, die, anders als bei uns, neben Produktion und Handel auch den letzten Verbrauch stark finanzieren.

Ob dieser Wirtschaftsvorsprung, eben das amerikanische Wirtschaftswunder, von uns eingeholt, vielleicht sogar überkompensiert werden kann, das ist schließlich ganz Europas wirtschaftliche und auf die Dauer auch kulturelle Daseinsfrage. Die Frage: Soll die deutsche Industrie sich amerikanisieren, wird von Hirsch bejaht. Er hält sie für möglich, ja wünschenswert, Feiler für ausgeschlossen. Hirsch sieht die Entwicklung zum Amerikanismus auch bei uns vornehmlich gegeben durch die zu erwartende relative Abnahme der Arbeiterzahl bei gleichzeitiger Steigerung der Nachfrage nach Arbeitsprodukten. Die Industrie rechnet tatsächlich etwa vom Jahre 1928/29 an mit einem großen Ausfall an Arbeitsnachwuchs. Hirsch meint: „Das An-

gebot an Arbeitskräften sinkt, die Nachfrage steigt. So kommen wir ganz von selbst unter amerikanische Produktionsbedingungen.“ — Auch den Absatzmarkt sieht er sich wieder weiten. „Wollen wir den Markt gewinnen, so ist eben Steigerung unserer Produktivität Voraussetzung, nicht Folge. Nicht, weil sich früher die Länder öffneten, hatten wir den großen Absatz, sondern weil unsere Leistungsfähigkeit sich erhöhte, öffneten sich uns — übrigens ungern genug — die Märkte.“ — Zur Frage der bei uns als Vorbedingung für eine Amerikanisierung so notwendigen Kapitalbildung vertritt Hirsch den Standpunkt, daß Kapitalbildung ein Ding an sich ist, daß die Kapitalbildung sich nicht ganz von selbst vollzieht, sondern von bestimmten Voraussetzungen abhängig ist. Eine solche ist aber die Verbesserung des Wirtschaftsapparates. Sie schafft von selbst neues Kapital. — Feiler führt für seine Auffassung als Hauptgrund an die Weiträumigkeit Amerikas gegenüber der Enge Europas. Dazu kommt der wirtschaftlich denkende amerikanische Mensch. Uns fehlt der!

Wie stellen wir uns zu den Argumenten des Staatssekretärs Professor Dr. Hirsch? Mit einer Verringerung des Wachstums und einem voraussichtlich erheblichen Mangel an Facharbeitern werden wir die nächsten Jahre tatsächlich rechnen müssen. Wir möchten darin aber keinen Dauerzustand erblicken, zumal die vor dem Kriege stark vorhandene Tendenz der Bevölkerungsvermehrung auch heute sich bei uns wieder mehr durchzusetzen scheint. Eine intensivere Rationalisierung der Wirtschaft und Betriebe, vielleicht unter erhöhter Anwendung der für die amerikanische Wirtschaft charakteristischen fließenden Produktion, mit dem Streben nach einer Herabsetzung der Erzeugungskosten und dem Ziele billiger Preise ist auch bei uns notwendig, wenn wir wieder einen breiteren innern und äußern Markt gewinnen wollen. Und den müssen wir gewinnen. Mehr Fordismus und Taylorismus, aber unter Berücksichtigung der Eigenart deutscher Arbeits- und Arbeiterverhältnisse! Voraussichtlich werden aber die deutschen Arbeiter für den außerordentlichen Grad der Arbeitsteilung, der mit seinen Systemen verbunden ist, nicht so leicht zu gewinnen sein, wie die amerikanischen Arbeiter, denen die Eringung einer Selbständigkeit ungleich eher möglich ist als den deutschen, und die deshalb auch eher als diese bereit sind, vorübergehende Opfer in Kauf zu nehmen. Eine Regelung der fließenden Erzeugung erscheint bei uns aber ohne eine maßgebende Mitbestimmung der Arbeiterschaft durch Betriebsräte und Gewerkschaften undenkbar.

Beizustimmen ist u. E. unbedingt dem Verlangen, daß mit der Rationalisierung der Erzeugung auch eine solche des Absatzes in Form erhöhter Standardisierung des Verbrauches einhergehen muß. Der Konsum muß sich auch bei uns mehr einstellen auf einfachere Formen. Unser Konsum ist tatsächlich im wesentlichen rein individuell eingestellt, und zeigt im Gegensatz zu der Struktur des amerikanischen Konsums eine starke Abneigung gegen jede Uniformierung der Artikel. Diese Tatsache darf uns aber nicht von einer Rationalisierung abhalten, sondern wir müssen uns bemühen, durch einen starken Appell an die Abnehmer und besonders die letzten Verbraucher eine Umstellung von Geschmack und Gewohnheiten dieser zu erzielen. Daneben müssen wir uns bemühen, um eine auf eine individuelle Gestaltung gerichtete Erzeugung. Für diese ist auch heute noch Platz in der Welt. Darüber haben gerade auch die Untersuchungen über die englische Exportkrise (Walfourbericht), die zugleich einen guten Überblick über die Lage der überseeischen Märkte geben, ein außerordentlich interessantes Material geliefert. Diese weisen übereinstimmend darauf hin, daß der europäischen Exportindustrie die Märkte der verfeinerten Erzeugnisse heute auch über See so gut wie restlos verbleiben, und zwar trotz steigender „Selbstversorgung“ und bei selbst höchsten Zolltarifen.

„Amerikanisierung Europas“ oder „Europäisierung Amerikas“? Die Fragen bleiben vorläufig unstritten. Aber auf eines müssen wir uns mehr einstellen: wir müssen wirtschaftlicher denken lernen! Die deutsche Seele braucht dabei nicht zu kurz zu kommen. Dr. v. d. B.

## Lehrlingsausbildung und Handwerkerwachstum im Holzgewerbe.

Der Jugend gehört die Zukunft! So lautet ein altes Sprichwort. Dabei ist jedoch eine Einschränkung zu machen. Die Zukunft wird nur der Jugend gehören, welche die Jugendzeit dazu benutzt, sich für das spätere Leben vorzubereiten.

Für den Handwerkslehrling wird diese Vorbereitung in der Ausnutzung der Zeit für die Berufsausbildung liegen. Sehr oft sehen wir heute, daß die Jugend mehr auf Sport und Spiel eingestellt ist und dabei verkannt wird, daß der junge Mann, soweit er Handwerkslehrling ist, zu leicht von seiner Berufsausbildung abgelenkt wird. Hier ist es Aufgabe der Eltern, sich darum zu kümmern, was der junge Mann in seiner freien Zeit macht. Der Lehrling muß erzogen werden für den Beruf, in dem er etwas tüchtiges werden soll. Dazu haben alle in Frage kommenden Kräfte mitzuwirken.

Wie ist es heute in der Frage der Lehrlingsausbildung bestellt? Die Handwerksmeister, bzw. deren Vertretungen, Innungen und Handwerkskammern, sind der Auffassung, nur sie allein seien berufen, darüber zu bestimmen, wie die Heranbildung des jungen Handwerkers vor sich gehen soll. Man beruft sich dabei stolz auf die Gesetzgebung. In Frage kommen hierbei die Bestimmungen der Gewerbeordnung, Titel VII, in der Fassung vom 17. Juli 1878. Die in der Gewerbeordnung vorgesehene Regelung mag in der damaligen Zeit richtig gewesen sein. Es sind aber inzwischen 48 Jahre ins Land gegangen. Heute werden an den jungen Handwerksgehilfen ganz andere Anforderungen gestellt, als vor 50 Jahren. Bei Verhandlungen mit den Handwerksmeistern wird von diesen selbst recht oft darüber geklagt, daß die jungen Gesellen nicht leistungsfähig seien.

Es ist nicht damit gedient, dieses festzustellen, sondern wenn die Behauptung der Handwerksmeister richtig ist, dann muß schon untersucht werden, was ist die Ursache, daß es so ist?

Betrachten wir den Lehrgang eines Schreinerlehrlings. Der junge Mann kommt meist im 15. Lebensjahr in die Lehre. Der Vater des Lehrlings ist selten selbst Schreiner, hat für den Beruf also kaum das notwendige Verständnis. Er ist vielleicht froh, daß er für den Jungen eine Lehrstelle gefunden hat. In der Regel, soweit die Großstadt in Frage kommt, kennt er den Meister nicht, er weiß also auch nicht: ist durch die Person des Meisters die Garantie geboten, ob der Junge etwas lernt oder nicht. Die Lehrzeit dauert 3 1/2 Jahre und nach dieser Zeit wird geprüft, ob der junge Mann etwas gelernt hat oder nicht. Die Gesellenprüfung wird gemacht und der Meister ist seiner Verantwortung enthoben. Hat der junge Mann etwas gelernt, so wird er sich durchzuschlagen wissen. Hat er nichts gelernt, so ist er für sein späteres Leben geschädigt. Handwerksmeister und Gesetzgebung finden dieses System in bester Ordnung. Innungen und Handwerkskammern wachen treu darüber, daß ihnen ihre Vorrechte nicht genommen werden. Der Versuch von Seiten unseres Verbandes, Einfluß auf die Lehrlingsausbildung zu gewinnen, wurde stets abgewiesen. Die Handwerksmeister halten fest an dem, was vor 50 Jahren festgelegt wurde und damals vielleicht auch allein richtig war. Die Zeit schreitet vorwärts.

In der Zeit vor 1914 war die Lehrlingsausbildung vorwiegend den Handwerksmeistern überlassen. In der Nachkriegszeit hat sich die Sache geändert. Eine Anzahl Großbetriebe im Holzgewerbe sind dazu übergegangen und bilden selbst Lehrlinge aus, so Firma H. Pallenberg-Köln, Stadler u. G. Paderborn u. a. m. Die Großindustrie im allgemeinen ist durch Einrichtung von Lehrwerkstätten dazu übergegangen, Lehrlinge auszubilden. Schreiber dieser Zeilen konnte Anfang Mai dieses Jahres der Eröffnung einer Ausstellung von Lehr-

lingsarbeiten der Farbwerke in Leverkusen bei Köln beimohnen. Auf dieser Ausstellung waren auch die Schreinerlehrlinge mit ihren Arbeiten aus dem Werk vertreten und ihre Arbeiten konnten vor jedem Fachmann bestehen. Die Entwicklung führt dazu, daß die Großbetriebe selbst zur Lehrlingsausbildung übergehen, weil das Handwerk in der Lehrlingsausbildung versagt hat. Die Zeit ist vorüber, wo man mit Recht sagen konnte, der Handwerksmeister allein sei in der Lage, einen Lehrling für den Beruf gründlich auszubilden. Die fortschreitende Technik bedingt auch im Holzgewerbe, daß schon der Lehrling mit ihren Fortschritten vertraut gemacht wird. Diese Möglichkeit ist dem Lehrling beim Handwerksmeister nicht gegeben. Des weiteren ist, wenn wir den Möbelschreiner in Betracht ziehen, zu beachten, daß die Kleinmeister für die Neuankertigung von Möbel von Jahr zu Jahr weniger in Bracht kommen. Die Verhältnisse im Handwerk haben sich seit Schaffung des Titels VII der Gewerbeordnung im Jahre 1878 wesentlich geändert. Die Entwicklung der Technik ist auch am Handwerk nicht spurlos vorübergegangen. Ebenfalls hat die Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Mittel- und Großbetrieb das Handwerk betroffen. Die Zahl der Kleinbetriebe, welche befähigt sind, Lehrlinge auszubilden, wird immer kleiner. Die Handwerkskammern und Innungen versagen auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung immer mehr.

Welches Los blüht heute dem jungen Gehilfen, wenn er seine Lehrzeit zu Ende hat? In sehr vielen Fällen bekommt der Junge die Entlassung und ist dann arbeitslos. In dem Augenblick, wo der junge Gehilfe Lohn bekommen soll, ist keine Arbeit mehr für ihn da. Dieses Vorgehen wird damit begründet, der junge Gehilfe verdiene den durch Tarifvertrag „schematisch“ festgesetzten Lohn nicht. Wenn der junge Geselle den zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Tariflohn wirklich nicht verdient, so liegt das doch nur an einer mangelhaften Ausbildung. Wie sieht es mit der Zahl der Lehrlinge aus? Neuerdings gibt es Wissenschaftler, welche nachweisen, daß im Jahre 1930—32 sich ein großer Facharbeitermangel in Deutschland bemerkbar mache infolge des Krieges. Diese Herren Wissenschaftler stellen eine ganze Anzahl von Dingen nicht in Rechnung. Zum Beispiel den Fortschritt der Technik, die Spezialbetriebe, wo der Handwerker mehr verschwindet und der angelernte Arbeiter an seine Stelle tritt. Ferner die große Zahl von Lehrlingen, welche heute ausgebildet werden. Ein Beispiel aus Köln: Nach den Angaben der Kölner Tischler-Innung aus dem Jahre 1924 waren vorhanden 548 Innungsmitglieder mit 1600 beschäftigten Gehilfen und 445 Lehrlingen. In Köln-Mülheim sind es 99 Innungsmitglieder, 75 Gehilfen, 63 Lehrlinge.

Wir müssen als Gewerkschaftsbewegung die dringende Forderung erheben. Dieses so wichtige Gebiet darf nicht den Handwerksmeistern allein überlassen bleiben. Aber nicht nur das. Auch unsere Kollegen in den Betrieben haben sich mehr wie bisher der Lehrlinge bei der Berufsausbildung anzunehmen. Hier könnte ebenfalls noch manches getan werden. Die Gleichgültigkeit, die auf diesem Gebiete herrscht, ist zum großen Teil der Einstellung der Handwerksmeister zuzuschreiben, welche in bewusster Absicht die Interessenvertretung der Gehilfen bei der Mitbestimmung in der Berufsausbildung auszuschalten

versuchen. Wir dürfen uns aber trotz allem nicht davon abhalten lassen, an der beruflichen Ausbildung unseres Nachwuchses mitzuwirken. Die Zeit schreitet voran. Wer heute trotz der gewaltigen Umwälzungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete noch glaubt mit den Methoden, die vor einem halben Jahrhundert zeitgemäß waren, arbeiten zu können, über den wird die weitere Entwicklung zu seinem eigenen Schaden hinwegschreiten.

### Die Deutsche Volksbank im Jahre 1925.

Der Bericht des Vorstandes der Deutschen Volksbank für das Geschäftsjahr 1925 führt folgendes aus:

Als um die Jahreswende 1924/25 und in den ersten Monaten des Jahres 1925 die Produktionskurven der deutschen Wirtschaft sich wieder etwas nach oben richteten und die Arbeitslosenziffern bis zur Mitte des Jahres 1925 gegenüber dem Anfange des Jahres einen Rückgang auf ein Drittel aufwiesen, stärkte sich allgemein die Hoffnung auf eine zunehmende Besserung unseres Wirtschaftslebens. Diese Hoffnung wurde aber bald wieder aufgegeben. Von August ab verschlechterte sich der Stand der deutschen Wirtschaft von Monat zu Monat.

Die Entwicklung der Wirtschaftslage offenbart sich besonders in den Erwerbslosenziffern des Jahres 1925. Indes, sie allein geben noch kein getreues Abbild der Beschäftigungslosigkeit insgesamt, da neben diesen noch viele Hunderttausende ausgesteuerte Erwerbslose vorhanden sind, deren Zahl in einigen Gemeinden des Reiches an die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger heranreicht. Die steigende Erwerbslosigkeit läuft parallel mit der Zahl der zunehmenden Konkurse und Geschäftsaussichten. Die Anfang des Jahres 1925 begyete Hoffnung, daß die Gefahren der Stabilisierungskrise mit dem Jahre 1924 im wesentlichen überwunden seien, hat sich nicht erfüllt; ist sind im Gegenteil von den Unternehmungen, die im Jahre 1925 in Konkurs gerieten, noch viele zum Opfer gefallen. Bemerkenswert ist, daß gerade im Jahre 1925 unter den in Schwierigkeiten geratenen Betrieben sich alte, angelegene Unternehmungen befanden, deren Zusammenbruch selbst maßgebenden Wirtschaftskreisen des Reiches verhältnismäßig überraschend kam.

Die Zerrüttung des allgemeinen Arbeitsmarktes hat auch in den ersten Monaten des Jahres 1925 angehalten, in denen die Erwerbslosigkeit weiter stieg und die Konkurse und Geschäftsaussichten wohl den Höhepunkt erreichten. Für das Jahr 1926 wird man deshalb mit einer wesentlichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber 1925 wohl noch nicht rechnen können.

Besonders hart wurde von der allgemeinen Wirtschaftszerrüttung der Westen Deutschlands betroffen, der noch besonders unter den Nachwirkungen der Ruhrbesetzung zu leiden hatte. Mit der zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaftslage wuchs gleichzeitig die Kreditnot und der Kredithunger der Produktions- und Handelsbetriebe.

Die Wirtschaftsentwicklung des vorigen Jahres stellt allerdings bis zu einem gewissen Grade auch einen Reinigungsprozeß dar. Was während der Kriegs- und Nachkriegszeit, insbesondere während der Inflationszeit, an neuen, vielfach kleinen und ungenügend fundierten Produktionsbetrieben und Handelsgeschäften entstanden ist, und was sich alles zwischen die Produktion und den Verbrauch eingeschoben hatte, war eben nicht durchzuhalten. Es hat sich im Jahre 1925 im wesentlichen das vollzogen,

### Der Ausgang des 16. Jahrhunderts und die Veränderungen in der inneren Konstellation der Wirtschaft.

Das frisch pulsierende Leben, welches jeden gesunden Organismus durchzieht, trieb auch die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im 16. Jahrhundert, ungeachtet der staatspolitischen Fährnisse, die wie schwere Wetterwolken am wirtschaftspolitischen Horizont aufzogen und kulminierten, auf dem einmal eingeschlagenen Wege unaufhaltsam voran, einem ferneren Ziele zu, der Vervollkommnung und Entfaltung. Als oberste Machtfaktoren standen die Jünfte auf nunmehr schier unerschütterlichem Fundament aufrecht als Beherrscher ihrer Zeit im Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens, beherrschten sie in systematischem Ausbau ihrer Jünfteprivilegien und Jünftegesetzgebung den geradzogenen Gang des Güterverkehrs, erzeugten sie in fünfzigem Sinne den Nachwuchs, schützten sie die Arbeit und ordneten sie den einzelnen als festorganisierten Teil eines machtpollen Ganzen in den Kreislauf des wirtschaftlichen und sozialen Fortbildungsprozesses ein. So waren sie die Pole, um die sich gebieterisch das Wirtschaftsleben ihrer Zeit drehte.

Und dennoch — keine Macht ist so stark fundiert, daß es nicht Gewalten gäbe, die stärker sind als das Bestehende, Festgefügte, besonders aber, wenn es sich um einen lebenden Organismus handelt, der in dem Stadium kraftvoller Entwicklung ist. Die autonome Monopolstellung der Jünfte mit ihren starken, durch unzählige Gesetze und Vorschriften klawisurierten Jünfterechten, mit ihrer immer mehr in das Stadium enger und enger Begrenzung übergehenden Wirtschaftspolitik, mit der sich fortschreitend durchsetzenden Auffassung, daß die Meisterämter Familienprivilegien seien und der inneren Politik — jedes Eindringen von Außen mit allen Mitteln fernzuhalten — diese, nennen wir es: Verkörperung starrer Begrenztheit, trug sie nicht genau in ihrer Begrenzung und Einwirkung der lebendigen Entfaltungskraft des Gegenteils in sich, dessen, was die voran dringende Entwicklung gebieterisch forderte: Die Freiheit der Entwicklung? War ihre immer mehr in Verkörperung übergehende Reglementierung der Arbeit, nicht den Ausdruck des Ständelebens beim Alten, Bewährten, statt des Suchens nach neuen Wegen, neuen Zielen? War nicht diese Stagnation geradezu der Todeskeim, der eine bis dahin gesunde Form innerlich zerstörte und ihr die Möglichkeit nahm, noch die Bekämpfung einer

schenden Bedürfnisse zu gewähren: Das frisch pulsierende Leben? Nein — hier lag der Anfang vom Ende. Leben erfordert Leben — die Jünfte im Wechsel des 17. Jahrhunderts aber starben nach Innen den Erstickenstod, fanden aus jenem, was im 16. Jahrhundert noch gebieterische Notwendigkeit war — die Reglementierung nämlich — im 17. Jahrhundert jedoch ins Uferlose führte, nicht mehr den lichten Weg ins freie Wasser, den Weg ins Leben. Und deshalb mußten sie, obwohl einzelne Seiten ihres Wesens noch urgesund und wirtschaftserhaltend waren, gerade in dem Augenblick, als nach Außen ihre Macht am festesten schien, als vom Todeskeim gezeichnet galten, reif für die Ablösung durch neue, wirtschaftentsprechende Formen. Denn auch in der Wirtschaft selbst waren Aufgaben entstanden, die nach Lösung heischten.

Wie in der Entwicklung immer wieder zu beobachten ist, hat steigender allgemeiner Wohlstand nicht nur das Aufwärtsgleiten der volkswirtschaftlichen Lebenshaltung und damit die Entstehung und den Drang nach Befriedigung unübersehbarer Bedürfnisse an Unterhalt, Kleidung, Wohnung und Aufwand, an kulturellen und temporär begehrten Gütern zur Folge, sondern auch stets ein unverhältnismäßig hohes Ansteigen des Bevölkerungszuwachses. Gerade das 16. Jahrhundert ist in Deutschland für diese Reaktion auf den allgemeinen Aufschwung charakteristisch. Nun ist aber die Bevölkerungszunahme eine Erziehung, im Leben der Völker, wie sie neben der Arbeitsteilung kaum stärker gedacht werden kann. Sie vervielfacht die bestehenden Bedürfnisse, besonders bei anhaltendem wirtschaftlichem Aufstieg ins Ungeahnte und stellt damit an die gegebenen Bedürfnisse, sondern auch die neu entstandenen und weiter entstehenden Bedürfnisse der ursprünglichen, und — entsprechend der Größe der Zunahme der Bevölkerung — hinzukommenden Wirtschaftseinheiten zu befriedigen, das Bedürfnis nach Unterhalt, Kleidung, Wohnung und Arbeit!

Wir wissen, daß die Jünfte genau das Entgegengesetzte von demjenigen taten, was der Jung der Wirtschaft forderte: Abschließungspolitik und sich einspurnde Rasterpolitik hielten. Wo eine weitläufige, offenherzige Wirtschaftspolitik am Platze war, Arbeitsbeschränkung und Zulassungsschwärzung dort bekehrten, wo freie Kräfteentfaltung notwendig war.

So kam es, daß die Jünfte den wachsenden Anforderungen ihrer Zeit nicht mehr gerecht wurden, ja auch nicht mehr gerecht werden konnten. Es fehlte ihnen eben der für die Wirtschaftspolitik unerlässliche große Zug, die weite Perspektive. Darum mußten sie untergehen — trotz dem prachtvollen genossenschaftlichen Gedanken. Und dann kamen aus dem Weltgeschehen heraus die ersten großen Schläge gegen die Einengungsmauer der Jünftegesetzgebung: Als erstes die Epoche der großen Entdeckungen, 1492 die Entdeckung Amerikas, 1498 die des Seeweges nach Ostindien, welche beiden Entdeckungen neue Welthandelskonjunkturen erzeugten und jetzt die westlichen Länder (England, Holland, Spanien und Portugal) zur Blüte brachten, während sie die handelsarmen Länder — vor allem Deutschland — schwächten, und den Handel wie es das wunderbare Aufblühen der italienischen Handelsrepubliken Venedig, Genua, Florenz, Amalfi bewies, zur Quelle des wirtschaftlichen Wohlstandes und des Reichtums machte. Als zweites war es die infolge der Besitznahme des silberreichen Mexikos über Spanien bereits gegen 1510—20 einsetzende Ueberschwemmung der europäischen Länder mit Edelmetallen, die nun die Geld- und Kreditwirtschaft in den weiten Vordergrund schob, und an die Stelle der bis dahin noch durchweg herrschenden Naturalwirtschaft die Geldwirtschaft setzte. Damit wurde — und das ist wohl das wichtigste — der Naturaltausch mit all seinen Komplikationen und der auf ihm aufgebauten Wirtschaftsordnung, mit all seinen Konsequenzen, im Staats-, Verwaltungs-, Heer- und Wirtschaftsleben, Momente, die bis dahin Hauptgegenstände der kommunipalen Jünfte- u. Stadtratswirtschaft eine ausschlaggebende Rolle gespielt hatten, die vor allem hemmend auf den freien Verkehr eingewirkt hatten — frei, — durch Geld ablösbar! Das brachte volkswirtschaftlich dann auch den großen Umschwung vom Mittelalter zur Neuzeit: An die Stelle des Lebenswesens tritt das besoldete Beamtentum, an die Stelle der Hand- und Spanndienste die Geldpacht, an die Stelle des Ritter-, Bauern- und Jünfterheeres das Söldnerheer. Das Geld — und das ist das Entscheidende — wird zum Drehpunkt der Wirtschaft und der politischen Macht. Mit diesen Ereignissen werden wir uns noch in der nächsten Arbeit auseinandersetzen haben. Kurz — wir sehen, es ging ein starker Strom neuen, überschäumenden Lebens durch die Welt, eine Epoche grundlegendster Veränderungen. Und ihnen gegenüber stand die unüberstößbare Mauer festgefügter, doktrinärrer Jünftegesetz!

was einsichtsvolle Beurteiler der Wirtschaftsverhältnisse längst vorausgesehen hatten.

Viele Unternehmungen, die stark unter den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen litten, erblickten ihr Heil in der Sucht nach weiteren Krediten, wobei sie sich vielfach der Spekulationen Gedankengänge aus der Inflationszeit noch nicht entledigen konnten. So sind auch zahlreiche Zusammenbrüche zweifellos auf die mit zu hohen Krediten verbundenen Belastungen zurückzuführen.

Die Wirtschaft und das deutsche Volk werden die gegenwärtige Krise auch nur langsam überwinden, da die Auswirkungen der mit dem verlorenen Kriege zusammenhängenden Belastungen des deutschen Volkes in ihrem vollen Umfange noch nicht zu übersehen sind, und die mit dem Dawes-Gutachten verbundenen, Zahlungsverpflichtungen der nächsten Jahre die Wirtschaft noch nicht gelassen lassen können. Gewiß tragen auch die hohen Steuern und sonstige Belastungen, die aber zu einem großen Teile nicht zu vermeiden sind, ein gut Teil zu den Schwierigkeiten in Handel und Gewerbe bei. Wir vermögen uns aber nicht den auch in den Berichten einiger Großbanken vertretenen Auffassungen anzuschließen, daß in erster Linie für das Daniederliegen der Wirtschaft die „nicht endenden Lohnerhöhungen“ und die „Ueberspannung der sozialen Fürsorge“ maßgebend sind, da doch insbesondere die Löhne in der westlichen Montanindustrie, die gewiß am stärksten auch unter dem Auslandsabsatz zu leiden hat, noch erheblich unter dem Reichsdurchschnitt stehen, ganz zu schweigen von den Auslandslohnen.

Das Jahr 1925 war auch für unsere junge Arbeitnehmerbank nicht leicht, aber es war ein Jahr weiteren inneren Ausbaues. Das Hauptaugenmerk unseres Unternehmens mußte und muß darauf gerichtet werden, die Bank in die von ihren Gründern vorgesehenen Bahnen zu lenken, um sie so in erster Linie in den Dienst der ihr naheliegenden wirtschaftlichen Unternehmungen zu stellen. Um die Beziehungen zwischen der Bank und den Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes enger zu gestalten, traten am Schlusse des Jahres die Herren Strunk und Sukkau an die Stelle des ausgeschiedenen Vorstandes.

Besonderen Wert legte und legt die Bank auf die Zusammenfassung des in den Reihen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sich ansammelnden Sparkapitals. Naturgemäß hat die Propaganda für unsere Sparkasse im Krisenjahre 1925 sich noch nicht voll auswirken können, da die Arbeitslosigkeit die eingangs erwähnte außerordentliche Höhe erreicht hat. Bei Berücksichtigung dieses Umstandes ist es besonders erfreulich, daß sich die Spareinlagen trotz vorübergehender starker Abhebung zum Jahreschlusse 1925 gegen Anfang des Jahres um 7,65 Millionen Mark erhöht haben. Es sind diese Einlagen in der Hauptsache langfristig zur Verfügung gestellt.

Zu diesem Ergebnisse haben die von uns im Reich eingerichteten Annahmestellen ein gut Teil beigetragen, wir sagen daher auch an dieser Stelle unsern Mitarbeitern Dank.

Die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres zeigen erfreulicherweise trotz weiter gesteigerter Arbeitslosigkeit ein Anwachsen des eingeleiteten Sparkapitals. Auch in den übrigen Geschäftszweigen erreichte die Bank im abgelaufenen Jahre gute Fortschritte; besonders zeigten sich lebhaftere Umsätze im Wechselgeschäft und im Konto-Korrent- und Scheckverkehr. Die pflegliche Behandlung gerade dieser Geschäfte werden wir uns weiter besonders angelegen sein lassen.

Die reinen Gesamtumsatzzahlen auf einer Seite des Hauptbuches betragen 414 864 532,29 R.-M.

Gewiß, es bedurfte erst einer längeren Zeit, bis der neue Zug, der die Wirtschaft durchzog, zur Auswirkung kam und das Gefüge der wirtschaftlichen Wirtschaftspolitik ins Wanken bringen konnte. — Aber — er war vorhanden und damit auch von außen der Eodeskeim gelegt. Die scharfe Reaktion, die in der Folgezeit zu erwarten gewesen wäre, ja, die unabwendbar eingetreten wäre, tauchte in Deutschland unter ja den Stürmen des wirtschaftsverwundenden dreißigjährigen Krieges 1618—48, der allein schon genügt, um aus der blühenden Wirtschaft ein Trümmerfeld zu machen und, als er temporär überwunden war, die Reste der Wirtschaft wieder an die Ueberlieferungen des Junktzwesens anzuknüpfen zwang. Deutschlands blühende Entwicklung aber war fürs erste verdrängt, dem beispiellosen Aufstieg und der führenden Stellung in der stadtwirtschaftlichen Weltwirtschaft — trauriger Niedergang gefolgt, von dem und dessen Auswirkungen sich die deutsche Wirtschaft, die zertrümmert in das Stadium der Volkswirtschaft einzutreten im Begriffe war, erst im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts zu erholen imstande war.

Die Macht der starken Städteburgen war größtenteils gebrochen, die Städte dem Landesherrn zur wohlgefälligen Quelle unermüdlicher Steuerleistung geworden, zu den Hilfsquellen, der nun allumfassenden absoluten Herrschaft des Staates über die Städte und die Wirtschaft, zu den Pfändern, aus denen eine glänzende Hofhaltung mit luxuriösester Prachtentfaltung und einem Stab unproduktiver, verschwünderungsfüchtiger Höflinge, die geldlichen Mittel für ihre durchaus nicht immer wirtschaftserhaltenden Sonderzwecke schöpften. Die Städte, die freien Dominion der Wirtschaft, aber waren zu denkbar lose zusammengewürfelten und durch nichts verbundenen Wirtschaftsplätze einer noch unklaren, eben auf den Trümmern der einst so starken, durch den Krieg vernichteten Stadtwirtschaft — mit Gewalt, Feuer und Schwert begründeten, absolutistisch regierten Volkswirtschaft herabgesunken, deren Aufgabe es werden sollte, dort weiterzubauen — aufzubauen, wo die Junktzwirtschaft abgebrochen worden war, ohne die die reichen Hilfsmittel der stadtwirtschaftlichen Glanzperiode, mit einem verarmten Volke, einer vielfach verwüsten Stadtwirtschaft, einer relativ großen Bevölkerungszahl, — gegen die im Welthandel immer reicher werdenden Westländer, welche die Welthandelskonjunktur ausnützten, als in Deutschland dreißig Kriegsjahre vernichteten, was ein halbes Jahrhundert aufzubauen hatte. Wahrlich — eine schwere Aufgabe.

Der durch die Inflation stark angeschollene Personalbestand, der im Gegensatz zu anderen Banken, aus sozialen Gründen, lange durchgehalten wurde, mußte in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Geschäftsjahres ebenfalls verringert werden. Infolge weiterer Einführung rationeller Arbeitsmethoden wird dieser Abbau im laufenden Jahre planmäßig zu Ende geführt, und dadurch eine erhebliche Senkung der Handlungsunkosten erzielt.

Da die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft heute noch nicht klar zu erkennen ist, haben wir es für richtig gehalten, zur Stärkung der inneren Reserven größere Rückstellungen zu machen. Der ausgewiesene Reingewinn von 38 162,42 R.-M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 6. bis 12. Juni 1926 der 24. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

**Teilzahlungen.** Eine zweckmäßige Verwertung der Verbandsgelder ist nur möglich, wenn alle bei den Zahlstellenkassierern eingegangenen Beitragssummen sofort an die Hauptkasse weitergeleitet werden.

**Bezug von Unterstützungen.** Die Ortsverwaltungen sind angewiesen, nur an solche Mitglieder Unterstützungen zu zahlen, die ihre Verpflichtungen dem Verbande gegenüber erfüllt haben. Für die richtige Beitragsleistung ist jedes Mitglied selbst verantwortlich.

#### Sterbetafel.

- Hans Gehner, Tischler, 40 Jahre, Köln.
- Franz Wehbring, Büstenarb., 20 Jahre, Vohne.
- Rich. Hoffmann, Tischler, 51 Jahre, Leipzig.
- Friedr. Braun, Säger, 53 Jahre, Bühlertal.
- Joh. Steger, Schreiner, 21 Jahre, München.
- Karl Hartje, Schreiner, 40 Jahre, Selsenkirchen.
- Heinr. Wetten, Heizer, 59 Jahre, Duisburg.

Ruhet in Frieden.

### Gewerkschaftliches.

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hielt am 25. und 26. April ds. Js. in Barmen einen außerordentlichen Verbandstag ab.

Dem Verbandstage lagen Anträge des Vorstandes und -ausschusses vor, die Arbeitlosenunterstützung bis auf weiteres außer Kraft zu setzen. Der Verband hat im Jahre 1925 für Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen insgesamt 527 000 Mark aufwenden müssen. Für die Erwerbslosenunterstützung (zahlbar in Arbeitslosen- und Krankheitsfällen) wurden in der Zeit vom 1. April 1925 bis 1. April 1926 über 400 000 Mk. ausgegeben. Bei einer Gesamtjahreseinnahme im Jahre 1925 von rund 1 521 000 Mk., war das kein gesundes Verhältnis mehr, zumal die Gesamtsituation im Gewerbe nach wie vor auf Kampf steht, und die Arbeitslosigkeit der Mitglieder (Anfang April noch 45,14 Prozent) sehr groß ist. Der Verbandstag zog mit erfreulicher Einmütigkeit die Konsequenzen aus der Sachlage, indem er gegen wenige Stimmen die Außerkräftsetzung der Arbeitlosenunterstützung beschloß. Die Krankenunterstützung bleibt in Kraft mit der Maßgabe, daß die Wartezeit bis zur Bezugsberechtigung von 78 auf 104 Wochenbeiträge verlängert wird. Eine Erhöhung der Beiträge wurde mit Rücksicht auf die notvolle Lage der Mitglieder (infolge der langen Arbeitslosigkeit) nicht ins Auge gefaßt. Sie betragen übrigens jetzt bereits das fast 1 1/2 fache des Stundenlohnes, so daß z. B. in Berlin ein Spitzenbeitrag von 2,25 Mk. erhoben wird.

Der Verbandstag befaßte sich auch eingehend mit Fragen des Bauarbeiter-schutzes. Eine Entschließung zu dieser Frage sagt in ihrem Schlusssatz: Den Bauarbeitern darf der Glaube, daß ihr Leben und ihre Gesundheit durch die Maßnahmen der Regierungen und Behörden ausreichend geschützt wird, nicht genommen werden, damit die Liebe zum Berufe und die Arbeitsfreude nicht erötet werden.

Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Vergarbeiter. Der Gewerkeverein christlicher Vergarbeiter hat am 14. Mai und den folgenden Tagen in Saarbrücken seine 18. Generalversammlung abgehalten. Nach dem Berichte des „Bergknappen“ war in Saarbrücken von Gewerkschaftspessimismus keine Spur zu finden; vielmehr soll ein Hochgefühl der Freude und des berechtigten Stolzes in der Brust derer lebendig geworden sein, die Seligenheit hatten, den Massenaufmarsch der saarländischen Bergleute zu sehen und den Verlauf der Tagung auf sich wirken zu lassen. Der „Bergknappe“ schreibt:

„Hätten doch die kampfmüden und hoffnungslosen Pessimisten dabei sein können! Ihren Pessimismus hätten sie für immer begraben. Und die Gewerkschaftstötter und Selbenzüchter aus dem reaktionären Lager! Diese hätten hier vor allem nützliche Studien betreiben können. Ihnen wäre die Erkenntnis gekommen, daß man eine solche Bewegung weder mit Zuckerbrot, noch mit der Peitsche erledigen kann. Das Auflose ihrer gewerkschaftsfeindlichen Arbeit würde ihnen hier so recht eindeutig zu Gemüte geführt worden sein.“

Ein solcher Glaube an die Kraft der christlichen Gewerkschaftsidee, wie die Massenkundgebung ihn zeigte, macht die Hoffnung der Reaktion zushanden. Dieser Glaube kann Berge versetzen.“

Besonders aurend wirkte auch die Tätigkeit der Vertrauensleute in den verschiedensten Bergrevieren während der Zeit, in der die Vertreter des Verbandes in Saarbrücken versammelt waren. Es wurde nämlich zu gleicher Zeit eine planmäßige Werbearbeit durchgeführt. Ueber den Erfolg dieser Werbearbeit konnte sehr erfreuliches nach Saarbrücken berichtet werden. Die 18. Generalversammlung war ein Beweis für gute Führung des Verbandes und größte Einmütigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

### Rundschau.

Freiherr von Verlepsh †. Der Staatsminister a. D. Freiherr von Verlepsh ist am 3. Juni in seinem 84. Lebensjahre auf Schloß Seebach gestorben. Freiherr von Verlepsh hat in einer Zeit, als es in Deutschland nicht so ganz leicht war, sozialpolitisch tätig zu sein, sich der Sozialpolitik gewidmet und zwar mit großem Erfolge. Die christliche Gewerkschaftsbewegung bedauert in dem Dahingegangenen einen aufrichtigen Freund ihrer Bestrebungen. Für das Holzwesen hat Freiherr von Verlepsh in der Vorkriegszeit wiederholt wertvolle Hilfe geleistet, wenn es darum ging, den Frieden für das Gewerbe zu erhalten und einen gerechten Ausgleich zwischen den Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu suchen. In einem demokratischen Staate dürfte besonders gelten, daß es wertvoller ist, in den Herzen des Volkes sich Gedenksteine zu setzen, als solche aus Marmor und Erz. Wir glauben, daß in den breitesten Kreisen der deutschen Arbeitnehmerschaft dem nun in die Ewigkeit eingegangenen Freiherrn von Verlepsh ein dankbares Andenken für immer bewahrt bleibt.

Gemeinden und Wohnungserstellung. Die Gemeinden haben das größte Interesse an der Versorgung ihrer Angehörigen mit ausreichendem Wohnraume. Sollten es wenigstens haben. Aber trotz der vorbildlichen Tätigkeit mancher Gemeinden auf diesem Gebiete, erweisen sich die meisten Gemeinden als Hemmkloß einer gesunden Bautätigkeit. Entweder überlassen sie den Ankauf der Grundstücke völlig den Bodenspekulanten, oder aber glauben, dieselben im möglichst gewinnbringenden Verkauf ihrer Liegenschaften noch übertrumpfen zu müssen. Zudem verlangen sie Anliegerbeiträge, die oftmals den aufzuwendenden Summen für den Häuserbau gleichkommen. Beträge von 200—300 Mk. pro laufenden Meter Straßenfront sind keine Seltenheit. Dazu kommt noch, daß vielfach der gesamte Betrag für Straßenbau- und Kanalisationskosten vor Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung in bar hinterlegt werden muß.

Gegen diese Erschwerungen haben sich in neuerer Zeit eine Reihe von übergeordneten Instanzen gemandt. So heißt es in einem Erlasse des Reichsarbeitsministers vom 26. März 1926 u. a.:

„Steht für Klein- und Mittelwohnungen Bau- und Gartenland in passender Lage zu angemessenem Preise nicht zur Verfügung, so sollen Gemeinden aus gemeindeeigenem Besitz Bauland in passender Lage zu möglichst niedrigem Preise zur Verfügung stellen.“

„Die Gemeinden sollen als Anliegerbeiträge höchstens die tatsächlichen Selbstkosten oder allgemeine Zuschläge für Verwaltungskosten erheben und, falls es zur Finanzierung notwendig ist, die Beiträge stunden, ermäßigen oder ganz erlassen.“ „Soweit Unternehmungen für die Versorgung mit Gas, Wasser, elektrischem Strom usw. von der Gemeinde oder von Gesellschaften, deren Anteile sich überwiegend in Gemeindebesitz befinden, betrieben werden, sind möglichst keine Anschlußkosten, keinesfalls aber solche über den Selbstkostenpreis hinaus zu erheben.“

Weiter sagt eine Verordnung der Reichsregierung vom 1. April 1926:

„Um die Baukosten niedriger zu halten, sollen die Gemeinden Bauland möglichst aus eigenem Besitze zur Verfügung stellen; bei der Berechnung des Bodenpreises, der Anliegerbeiträge, Anschlußgebühren, Straßenbau-, Planungs- und Verwaltungskosten dürfen sie sich nicht von Gewinnabsichten leiten lassen. Auch sollen sie durch Bewilligung von Teilzahlungen, Stundung oder Erlaß dieser Kosten dem Bauherrn weitestgehend entgegenkommen.“

Es wird gut sein, daß die am gemeinnützigen Wohnungsbau interessierten Organisationen immer wieder auf diese Erlasse hinweisen, damit sie nicht der Vergessenheit anheimfallen.

### Aus dem gewerblichen Leben.

Preisentwicklung im Tapezierergewerbe. Die übermäßige Teuerung auf dem Warenmarkte legt man zu einem großen Teile, und zwar nicht mit Unrecht, den heutigen hohen Materialpreisen zur Last. Bekannt ist, daß Ringe und Kartelle die Preise künstlich hoch halten, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Für das Jahr 1925 gab das Reichswirtschaftsministerium als in Deutschland bestehend an: 2500 Industriekartelle, 400 Großhandelskartelle und 180 Einzelhandelskartelle. Dabei wird die Zahl der Einzelhandelskartelle als viel zu niedrig bezeichnet. Ueberhaupt haben die ganzen Handelsunternehmungen nach dem Kriege eine ungeheure Ausdehnung erfahren, die im schärfsten Widerspruch steht mit der aerinacren Kaufkraft der breiten Volksschichten.

Auch im Tapezierergewerbe haben wir heute noch mit recht hohen Materialpreisen zu rechnen, die hauptsächlich die Polstermöbel verteuern. Preistreibend werden auch hier die Preiskartelle wirken. Die „Allgemeine Tapezierzeitung“ Berlin brachte in ihrer Nr. 7 eine Gegenüberstellung der Materialpreise von 1914 und 1926, die wir unsere Kollegen, da sie Grundübel im Gewerbe zeigen, nicht vorenthalten wollen. Bei der folgenden Tabelle ist zu berücksichtigen, daß wir einige Materialien und die Steigerung in Prozenten zufügten.

	1914	1926	Steigerung
<b>Sprungfedern</b>			
geknotet <sup>7/32</sup> aufwärts per Str.	13,00	24,00	85
geknotet <sup>9/32</sup> u. <sup>11/32</sup> per Str.	14,00	24,50	75
geknotet <sup>1/2</sup> per Str.	35,00	42,00	20
<b>Crin d'Afrique</b>			
grob per Str.	11,50	10,00	—
mittel per Str.	9,00	12,00	35
fein per Str.	11,00	19,00	75
extra fein	7,50	18,00	140
Alpengras	6,00—7,00	16,00	130
<b>Werg</b>			
Verona I, Wallen per Str.	9,50	16,00	68
Mittelwerg	9,00	15,00	67
Feinwerg	8,00	22,00	175
Fibre, weiß per Pfd.	0,45	1,00	122
Rapok I per Pfd.	1,00	2,10	110
Watte grau per Pfd.	0,80	1,60	100
Polsterhaar per Pfd.	1,00	1,60—2,50	60—100
Reines Kopfhaar	3,00	5,00 6,00	66—100
<b>Juteleinen im Stück</b>			
5 395 100 cm br. per m	0,42	0,75	78
5 320 100 cm br. per m	0,35	0,61	74
5 250 100 cm br. per m	0,28	0,44	57
im Ausschnitt 3—4 Pfg. teurer			
<b>Jaffonleinen</b>			
7er, 100 cm br. per m	0,14	0,25	64
9er, 100 cm br. per m	0,20	0,28	40
11er, 100 cm br. per m	0,25	0,34	36
im Ausschnitt 2—3 Pfg. teurer			
<b>Stoffe</b>			
Molton 1,50 m br. per m	1,10	2,25	104
Rattun schwarz 0,80 m br. per m	0,30	0,85	183
Satin Molton 1,50 m br. per m	1,70	3,50	105
Kupfen 1,50 m br. per m	0,60	1,25	108
<b>Matratzenbrette</b>			
Baumwolle 1,20 m br. per m	1,10	1,60—2,70	45 u. m.
Halbleinen 1,20 m br. per m	1,50	3,00—3,50	150 u. m.
Jaquardbrett 1,20 m br. per m	1,75	2,70—4,50	54, 100 u. m.
<b>Stofffäden</b>			
Rordel 3—4fach per kg	1,50	2,66	104
Rordel 1—2fach per kg	1,35	2,69	100
Sarnierfaden <sup>2/3</sup> I per kg	2,20	3,79	72
Heffsfaden schwarz <sup>2/3</sup> kg	3,20	6,28	96

Auffallend für den Fachmann ist, daß bei einzelnen Materialien die Steigerungsfälle große Unterschiede aufweisen, insbesondere bei Crin d'Afrique und Werg. Hier wird entsprechend der Zeit die größere Nachfrage eine Rolle spielen. Bei Crin d'Afrique wird die Qualität extra fein als Matratzenfüllmaterial heute eine bedeutend größere Verwendung finden wie vor dem Kriege, ebenso als Haarerfatz bei den Polstermöbeln, da Kopfhaare ein äußerst teures Material sind. Auch wird das Feinwerg heute im größeren Maßstabe beim Polstern Kopfhaare ersetzen müssen, das Alpengras, welches als Matratzenfüllmaterial in großem Umfange Verwendung findet, zeigt mit seinen 150% auch eine ansehnliche Steigerung auf. Durch Zollschutz wollten die Alpengras Spinner sich auch noch ein Preismonopol sichern. Besonders hoch im Preise stehen auch die angeführten Stoffe. Textilwaren stehen wohl in der Preissteigerung gegenüber der Vorkriegszeit mit an erster Stelle.

Es ist eine abgedroschene Phrase, wenn die gesteigerten Löhne als das Grundübel der Leistung vielfach immer noch bezeichnet werden. Die Löhne haben heute kaum die Vorkriegeshöhe erreicht. Bedenkt man weiterhin, daß im Tapezierergewerbe bei einem Polstermöbelwert (angenommen Klubfessel von 250,00 bis 300,00 Mk.) höchstens 15% Lohnunkosten vorhanden sind (Geschäfts- und Gemeinkosten nach neueren Berechnungen ca. 30 Prozent), so zeigt das recht klar, daß über Löhne und Preissteigerung recht viel Unsinns geschrieben wird.

### Aus Arbeitgeberkreisen.

■ **Sonderber.** Es ist schon Tatsache, daß sich wissenschaftlich alles begründen läßt. Bei den Verhandlungen, die während der letzten Jahre mit den deutschen Arbeitgebern geführt werden mußten, konnte man immer und immer wieder hören, daß wir uns als ein mit Schulden überladenes Land nicht die Löhne und die Lebenshaltung erlauben könnten, wie dies beispielsweise in Amerika der Fall sei. Dieser Einwand

hat eine gewisse Berechtigung für sich und hat in vielen Fällen auch dazu geführt, daß die Vertreter der Gewerkschaften bereit waren, Vertragsabschlüsse zu tätigen, die dem nicht ganz entsprachen, was sie selbst für dringend erforderlich hielten.

In der letzten Nummer des „Arbeitgeber“, der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, nimmt nun ein Dr. C. Wolf-Münster zum Wirtschaftsproblem Amerikas Stellung. Unter dem Titel: „Lohnhöhe und Wirtschaftskrisis oder das Wirtschaftsproblem Amerikas“ wird in längeren Ausführungen nach den Gründen gesucht, die es Amerika bisher erlaubt haben, die viel besprochenen hohen Löhne zu zahlen. Am Schlusse des Artikels kommt Herr Dr. Wolf zu dem Ergebnis, daß, sobald die amerikanischen Schutzölle fallen, sich herausstellen werde, daß die Löhne übertrieben zu hoch waren und sie zum guten Teil künstlich hoch gehalten wurden. Er schreibt dann:

„Gab es bisher viele Arbeitgeber, die hohe Löhne garnicht so ungern sehen, so hört dieser Standpunkt in einem Amerika, das mehr freihändlerisch ist, auf.  
Das Interesse der amerikanischen Arbeitgeber muß vielmehr in Zukunft dahin gehen, die weitere Lohnsteigerung zumindest aufzuhalten. Dieses Interesse gilt nicht bloß für Arbeitgeber, die nunmehr die Konkurrenz des Auslandes zu fürchten haben, sondern auch für alle übrigen. Denn die Verschlechterung des Arbeitsmarktes wird (vielleicht sogar noch in Verbindung mit Freigabe der Einwanderung) schon dafür sorgen, daß allgemein in allen Wirtschaftszweigen das Angebot von Arbeitskräften wächst, die Monopolstellung der Arbeitnehmer gebrochen wird. Das wird natürlich nicht Verelendung der breiten Massen bedeuten, aber doch eine gewisse Annäherung an europäische Verhältnisse. So paradox es klingt, es ist eben hoher Lohn nur in einem Schuldnerland möglich, nicht dagegen im Gläubigerland. Denn nur das Schuldnerland ist noch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das Land des Arbeitermangels, auch das Land des hohen Zinsfußes. (Durch uns gesperrt. D. Red.) Das Gläubigerland dagegen kann sich den Luxus allzu hoher Löhne nicht mehr gestatten, weil es Einfuhrland sein muß, weil es Gewinn aus seinen ausgeliehenen Kapitalien nur ziehen kann, wenn es die Grenzen öffnet, wie es ja auch auf all zu hohen Zinsfuß verzichten muß.“

Wenn die wissenschaftlichen Darlegungen Dr. Wolfs richtig sind, dann befinden wir uns gegenwärtig im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Schulden haben wir in Deutschland bis über die Ohren und weil sich nur ein Schuldnerland hohe Löhne erlauben kann, müßten eigentlich jetzt die Arbeitgeber mit Freuden bereit sein, die Löhne heraufzusetzen. Tatsächlich liegen die Dinge ganz anders und bei jeder Lohnforderung, die gestellt wird, wird uns von den Syndikati des Unternehmertums wissenschaftlich haarsträubend nachgewiesen, daß es in einem verarmten Lande Unfug sei, hohe Löhne zu verlangen.

■ **Tagung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes.** Am 28. u. 29. Mai waren die Vertreter des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes in Köln versammelt. Die Holzindustrie berichtet über diese Tagung, daß die „für die Zusammenarbeit der Arbeitgeber des Holzgewerbes für die nächste Zukunft aufgestellten Richtlinien in allen Punkten einstimmig gefaßt“ wurden. Ueber die Richtlinien selbst ist bis jetzt noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Es stellt die Holzindustrie allerdings Berichte über die stattgefundenene Versammlung in Aussicht, „soweit der Inhalt für die Öffentlichkeit bestimmt ist“.

Einige Angaben aus dem Geschäftsberichte des Verbandes, der vom Hauptgeschäftsführer Herrn v. Jaström-Berlin, erstattet wurde, dürften auch für unsere Leser interessant sein. Die Arbeitgeberorganisation blickt auf ein etwa 25 jähriges Bestehen zurück. Die Gründung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe erfolgte im Jahre 1902. Bereits früher waren im Bund deutscher Tischlerinnungen Bestrebungen vorhanden, die darauf hinausliefen, einen Schutzverband zu gründen. Auf dem 17. deutschen Tischlertag 1900 wurde beschlossen, als Termin des Inkrafttretens des neuen Verbandes den 1. Okt. 1900 festzusetzen. Dieser Beschluß blieb jedoch ohne große Wirkungen nach außen. Auf der Tagung in Görlitz im Jahre 1901 mußte festgestellt werden, daß das Ergebnis des Zusammenschlusses sehr gering war. Die Beteiligung am Arbeitgeberschutzverband ließ außerordentlich zu wünschen übrig. Seit 1902 ist der Arbeitgeberschutzverband geschäftsfähig geworden. Nach dem Berichte von Jaström hat sich der Mitgliederstand des Arbeitgeberverbandes im Jahre 1925 im günstigen Sinne entwickelt.

Der Arbeitgeberschutzverband zählt 25 Mitgliedsverbände, die Zahl der diesen Mitgliedsverbänden angeschlossenen Bezirks- und Ortsgruppen beträgt 197, die Gesamtzahl der angeschlossenen Mitglieder ca. 4500. Von diesen Mitgliedern wurden 1925 ca. 90 000 Arbeiter beschäftigt.

Von besonderem Interesse wird für uns Holzarbeit sein, welche Stellung der Arbeitgeberverband zu den Lohn- und Tarifforderungen eingenommen hat. Im vorigen Jahre hat eine vom Arbeitgeberverband veranlaßte Kraftprobe bekanntlich zu einer gründlichen Niederlage der Arbeitgeber geführt. Und es dürfte zum Teil auf diese Niederlage zurückzuführen sein, wenn die krankhafte Neigung zum Lohnabbau im Holzgewerbe nicht ganz so gefährlich um sich gegriffen hat, wie dies in anderen Gewerben der Fall war.

### Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

■ **Die Unfallrente für Jugendliche in der Praxis.** Die erstmalige Festsetzung der nach dem Jahresarbeitsverdienste berechneten Höhe der Unfallrente galt früher als dauernd festgelegt. Das bedeutete insbesondere für jugendliche Arbeiter, die den Höchstlohn noch nicht erreicht hatten, eine unmögliche Härte. Diese Unbestände haben die zweite Gesetz über Änderung in der Unfallversicherung vom Juli 1925 abgeholfen, indem es im § 569 bestimmt:

„Die Rente eines Verletzten, der zur Zeit des Unfalls noch nicht 21 Jahre alt war, richtet sich, falls das für ihn günstiger ist, von der Vollendung des 21. Lebensjahres ab, nach dem Verdienste, den ein gleichartiger, über 21 Jahre alter Beschäftigter während des 21. Lebensjahres des Verletzten im Betrieb oder in einem benachbarten Betriebe gleicher Art bezogen hat. Wenn bei dieser neuen Feststellung der Rente feststeht, daß der maßgebende gleichartige Beschäftigte nach dem für ihn zu dieser Zeit geltenden Tarifvertrage bei Erreichung eines späteren Lebensalters einen höheren Verdienst erzielt wird, so ist die Feststellung gleichzeitig dahin zu treffen, daß die Rente des Verletzten von der Erreichung dieses Alters ab sich entsprechend erhöht. Ist ein gleichartiger Beschäftigter nicht zu ermitteln, so ist der Jahresarbeitsverdienst für die Zeit von der Vollendung des 21. Lebensjahres ab nach billigem Ermessen festzusetzen.“

Nun erhebt sich die Frage, ob diese neue Bestimmung sich auch auf die jugendlichen Personen erstreckt, die bereits vor dem 1. Juli 1925 einen Unfall erlitten haben. Nach den klaren Worten des Gesetzes ist das ohne weiteres zu bejahen. Denn die Bestimmung erstreckt sich generell auf alle Jugendlichen, und spricht nirgendwo von Personen, die aus dem Rahmen des Gesetzes herausfallen. Außerdem hat ein Vertreter der Reichsregierung das bei der Verabschiedung des Gesetzes noch ausdrücklich betont. Lediglich dem Syndikus der Deutschen Unfallberufsgenossenschaft, Dr. Roemer, blieb es vorbehalten, in seinem Kommentare die Frage zu verneinen. Nun ist Herr Dr. Roemer nicht irgendwer, sondern eben der Syndikus der Deutschen Unfallgenossenschaften, und es steht zu befürchten, daß seine offenkundig falsche Ansicht sich bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern einbürgert. Tatsächlich sind denn auch bereits eine Reihe Entscheidungen im Sinne Dr. Roemer's zum Schaden der Betroffenen gefällt worden.

Daher erscheint es dringend erforderlich, daß der Gesetzgeber seinen Willen noch einmal klar und unzweideutig zum Ausdruck bringt.

### Bücher und Schriften

bezieht

der christliche Gewerkschaftler

durch die

Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

**Hobelbank-Ersatz**  
pat. gesch. Neuheit. Preis M. 6.50  
Bei Mehrbezug Rabatt.  
Eventuell Teilzahlung.  
Prospekt gegen 10 Pfg. Marke.  
G. Pfeffer, Pfarrkirchen  
Fabrikation techn. Neuheiten.

**Bleistifte und Maßstäbe**  
bezieht der christlich organisierte Holzarbeiter nur von seinem Verband.  
Der gemeinsame Einkauf ermöglicht billige Belieferung des Einzelnen.  
Preislisten  
befinden sich bei jeder Ortsverwaltung.

**Die Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.  
Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2,— Mark.  
Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst  
Köln, Venloerwall 9 zu richten.



Einzahlg.: Deutsche Volksbank, Essen, Postfach-R. Nr. 1640